



Interview

## Elternentrenchung stoppen!

**Aktuell gibt es Bemühungen, die sogenannten „Kinderrechte“ zeitnah ins Grundgesetz aufzunehmen. Dieses Vorhaben könnte jedoch dramatische Auswirkungen auf die Elternrechte und somit auf das Wohl der Kinder haben. In der nachfolgenden Sendung und im Interview erfahren Sie von einer Möglichkeit, wie sich Familien jetzt noch gegen eine herannahende Bevormundung durch den Staat wehren können.**



Parallel zur Impfpflichtdiskussion wird seit Monaten um die Aufnahme von "Kinderrechten" ins Grundgesetz gestritten. Schon seit Jahren machen sich die regierenden Parteien stark, dass Kinderrechte in die Verfassung gehören. Auch Kla.TV hat bereits darüber berichtet: [www.kla.tv/14462](http://www.kla.tv/14462)

Jetzt gibt es erneut aktuelle Bemühungen, in dieser Sache das Grundgesetz ganz zeitnah zu ändern. Was für viele vielleicht gut klingen mag, könnte laut verschiedener Verfassungsrechtler in Wirklichkeit hochgefährlich sein. Kritische Stimmen befürchten, dass sich hinter diesem "wohlwollenden" Gesetzentwurf ein Trojanisches Pferd zur Bevormundung der Eltern durch den Staat verbirgt. Momentan gibt es einige Petitionen, die sich gegen derartige Bestrebungen richten. Eine könnte eventuell besondere Aufmerksamkeit im politischen Raum erregen – die Bundestagspetition 104014. Bis zum 05.3.2020 werden dazu 50.000 Unterschriften benötigt. Dann muss der Ausschuss des Bundestages eine öffentliche Anhörung der Petentin (Initiatorin) bewilligen und jede Partei ist verpflichtet, Stellung zu beziehen.

Unter folgendem Link können Sie dieses wichtige Anliegen unterstützen.

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2019/\\_12/\\_15/Petition\\_104010.%24%24%24.a.u.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_12/_15/Petition_104010.%24%24%24.a.u.html)

Wer die Initiatorin dieser Petition und ihre Beweggründe näher kennen lernen möchte, sollte nachfolgendes, aufschlussreiches Interview nicht verpassen.

**Kai Orak:** Hallo, ich begrüße Euch heute bei mir, auf meinem Kanal Doris und Christine. Es geht um das Thema Kinderrechte im Grundgesetz, und um die sogenannte Bundestagspetition. Doris ist die Frau, die das veranlasst hat und die Petition beim Bundestag eingereicht hat. Deshalb möchte ich darüber sprechen, um zu erfahren, warum Ihr das gemacht habt. Sagt mal, was Euch bei diesem Thema bewegt hat.

**Doris Schuster:** Erst mal vielen Dank für die Einladung zum Interview, dass wir diese Plattform für dieses wichtige Thema geboten bekommen. Also, wie ich zu diesem Thema kam, lief folgendermaßen ab. Ich hab' drei Kinder, davon zwei Schulkinder. 13 und 15 Jahre sind die beiden Großen. Meine Tochter kam nach Hause und hat gesagt: Mama wir haben in jedem Fach irgendwie Politik momentan. Unter anderem Fridays For Future oder Organspende usw. und da kamen halt die Menschenrechte und die Kinderrechte. Dann habe ich mich mit ihnen zusammengesetzt, weil ich politische Themen immer wieder mit meinen Kindern auch durchgehe. Dabei habe ich herausgefunden, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz verankert werden sollten. Und dass es bereits 2013 und 2016 schon Anläufe gab von den Linken und den Grünen, die schon Gesetzentwürfe vorgelegt haben. Die aber abgelehnt worden sind, weil die Elternrechte ausgehebelt werden würden, so die Gutachten

damals. Dann habe ich gesehen, dass wieder ein Gesetzentwurf vorgelegt werden sollte. Wegen dem Koalitionsvertrag sollte der bis Ende 2019 vorgelegt werden. Ich habe mich gefragt, was hat sich denn inzwischen geändert, dass dies jetzt auf einmal gehen soll? Es gab ja damals schon Gutachten vom Staatssekretär Griese, der gesagt hat, dass eigentlich alle Menschen geschützt sind durch die Grundrechte. Menschen bedeuten eigentlich auch Kinder, dass die alle umfassend geschützt sind. Die Grundrechte, die sind in der NS Zeit ... Jetzt will ich erst mal die Christine, sich vorstellen lassen. Sonst verrenne ich mich gerade. Entschuldigung. Ich will keinen Monolog hier führen.

Kai Orak: Ok, Christine unterstützt Dich bei diesem Anliegen. Christine sage etwas dazu, was Dich bei diesem Thema bewegt.

Christine Chang: Hallo, erst mal. Ich kenne Doris halt, weil wir uns schon für ein anderes bestimmtes Thema politisch aktiv sind. Darüber haben wir uns kennengelernt. Warum mich das Thema Kinderrechte im Grundgesetz so sehr interessiert, liegt eigentlich auch an der persönlichen Erfahrung und der Recherche, die ich dann angestellt habe. Mein Sohn, erst mal: ich hab vier Kinder zwischen 19 und 7 Jahren. Mein Sohn, es ist jetzt schon viele Jahre her, hatte in der Grundschule Sexualkundeunterricht. Meine Älteste hatte noch bei der Lehrerin den Unterricht und bei meinem Sohn kam halt die Pro Familia. Wir haben da eine sehr schlechte Erfahrung gemacht. Mein Sohn kam total verstört und angeekelt nach Hause. Er war ... , also was sehr merkwürdig war, dass ich auch fast nichts aus ihm herausbekommen hab'. Ich habe gemerkt, es geht ihm irgendwie nicht gut, er ist schockiert. Aber ich konnte mit ihm nicht darüber reden. Das Einzige, was ich heraus bekommen habe, war, dass sie einen Zeichentrickfilm geguckt haben. Ich kann das nur als Zeichentrickporno bezeichnen. Ich hab es nicht gesehen, aber das was er erzählt hat.

Kai Orak: Wie alt war er?

Christine Chang: Das war die vierte Klasse Grundschule.

Kai Orak: Neun, zehn Jahre

Christine Chang: Ja, also er ist recht jung, genau wahrscheinlich neun. Seitdem war er halt wirklich verändert. Ich konnte es mir nicht so richtig erklären. Ich hab' dann Jahre später, als er schon Jugendlicher war, erst erfahren, also was ich auch nicht so toll fand, dass die Lehrerin gar nicht mit rein durfte. Das fand ich schon sehr merkwürdig. Das andere, was mich noch mehr schockiert hat ist, dass er mir dann erzählt hat, also mit 15, 16 Jahren, dass der junge Mann. Also die wurden getrennt nach Geschlechtern. Also der junge Mann, der mit ihnen den Unterricht gemacht hat, hat ihnen als aller erstes, vor dem Unterricht, eingebläut: Sie dürfen auf keinen Fall mit den Eltern über das reden, was dort besprochen wird. Dann habe ich natürlich angefangen zu recherchieren. Ich habe dann auch herausgefunden, dass das Schulgesetz in Hessen, wo wir leben, im Sommer 2016 in Bezug auf die Sexualerziehung geändert wurde. Das war allerdings schon nach dem, was mein Sohn erlebt hatte, das betraf dann mein nächstes Kind. Da wurde das Gesetz nämlich so verändert. Erstens dass Sexualkundeunterricht nicht mehr die Zustimmung der Eltern braucht. Also die Kinder müssen dran teilnehmen. Ich muss dazu sagen, ich habe nichts gegen Sexualkundeunterricht. Nicht dass man jetzt denkt, ich will das überhaupt nicht. Es geht um die Art und Weise.

Ich hab' dann auch herausgefunden, dass es auch schon Eltern gab, die Ärger bekommen

haben. Ein Vater war in Beugehaft, weil die Eltern ihrer Tochter erlaubt hatten, wenn es ihr nicht gut geht, also auch Grundschulkind, während des Sexualkundeunterrichts, dann darf sie gerne gehen.

Oder dass auch Kinder schon abgeholt wurden, wo die Eltern dann angerufen haben in der Schule und gesagt haben, das Kind ist krank. Das sind so Sachen, die haben mich dann sehr schockiert.

Dann habe ich auch ein bisschen recherchiert über die Pro Familia und hab' herausgefunden, dass es ein Ableger ist. Hier in Deutschland ist die Pro Familia der Ableger der International Planned Parenthood Federation (IPPF). Das ist eine Nichtregierungsorganisation. Und das Interessante ist einfach, wenn man, also ich verfolge ganz oft solche Organisation zurück, bis dahin wo das Geld herkommt. Also wer finanziert die? Wem gehört es? Wer steckt dahinter?

Kai Orak: Das kann man schon vermuten, wer da dahinter steht.

Christine Chang: Ich sag' mal so: Großkonzerne. Es lohnt sich vielleicht 'mal selber zu recherchieren, wem dann die Großkonzerne gehören.

Ich finde es sehr bedenklich, um jetzt mal eine Verbindung zu den Kinderrechten zu knüpfen. Dass nicht gewählte Organisationen, Organisationen von außerhalb, auf die wir keinen Einfluss haben, die Politik, oder die Entscheidungen, die hier getroffen werden, beeinflussen. Man hört ja auch Abgeordnete, wenn die in ihren Debatten sprechen und dann als Argument z.B. die WHO heranziehen. Wo ich dann immer denke, wer hat die zur Autorität ernannt.

Kai Orak: Und wer steht dahinter, wer finanziert die WHO? Das wissen wir, dass WHO durch Pharmakonzerne finanziert ist. Und dann sind die Eigentümer wieder die gleichen, die diese NGO's unterstützen. Das sind die gleichen Leute, die da dahinterstehen.

Christine Chang: Ja, das ist interessant, dass man immer wieder an denselben Stellen ankommt, wenn man recherchiert.

Aber bei den Kinderrechten finde ich so bedenklich, dass die Definition im Gesetz nicht genau gegeben wird. Ich habe am Beispiel meines Sohns erlebt, aber auch viele andere Beispiele erlebt, wo ich gemerkt habe, dass in den letzten Jahren einfach der Einfluss des Staates größer wird, die Freiheiten abnehmen.

Das war halt ein Beispiel. Wo wir auch noch, was hier auch noch mit rein spielt, wo wir besorgt sind wegen der Kinderrechte, wenn ich sehe, wie das Masernschutzgesetz hier durchgesetzt wurde. Da kann man sehen, wie viel die Politiker auf das Grundgesetz geben. Denn es ist vom Grundgesetz her eine Impfpflicht nur erlaubt. Nur wenn es eine Epidemie gibt oder eine Epidemie droht. Beides ist nicht aktuell der Fall. Daran sieht man einfach, dass das Grundgesetz nicht hochgehalten wird da ja nicht geschützt ist irgendwie, dass es scheinbar egal ist. Und ich finde so eine Grundgesetzänderung, wie sie jetzt eben auch angestrebt wird, sehr bedenklich, weil das Grundgesetz einfach nicht irgendein Gesetz ist. Das ist wirklich die Grundlage, die auch den Weg bahnt für die Zukunft, ja und wenn ich dann sehe, wie viel Einfluss kleine Interessengruppen oder auch große Interessengruppen oder Konzerne wirklich auf die Politik nehmen, dann mach' ich mir halt Sorgen. Also, wenn ich mich frage: „Wer definiert in Zukunft, was denn diese Rechte der Kinder sind?“ Tja, dann wird mir schlecht.

Kai Orak: Ja, also, die Problematik ist schon durch das, was Du gesagt hattest, schon hier gezeichnet. Nämlich, wir haben diese Rechte noch nicht im Grundgesetz, aber wir haben

schon jetzt Probleme, Einfluss auf das zu nehmen, was mit Kindern passiert, schon jetzt. Zum Beispiel das, was da in der Schule passierte, dass irgendwelche Leute kommen, die keine pädagogische Ausbildung haben und eigentlich in der Schule nichts zu suchen haben mit Kindern, dass die mit Kindern Sexualunterricht oder irgendwas in diese Richtung nehmen und die Kinder noch animieren, den Eltern darüber nichts zu sagen. Ich weiss, warum die das so machen da. Weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland haben wir Jugendschutzgesetz und nach diesem Jugendschutzgesetz ist Pornographie an Minderjährige zu geben nicht erlaubt, ist strafbar. Und das, was mit Kindern passierte, mit neun oder zehn Jahren, das, was die vermitteln, das ist Pornographie. Und sie wissen, dass tatsächlich, wenn die Eltern genaue Informationen darüber bekommen, dass die Eltern Strafanzeige stellen können und die verfolgen können. Und das ist meiner Meinung nach der Grund, warum sie den Kindern sagen: „Aber, den Eltern nichts darüber sagen.“ Sie wissen, dass das, was sie tun, nach Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland strafbar ist. Und das passiert schon jetzt, wo diese Gesetze, diese Rechte im Grundgesetz noch nicht verankert sind. Und das ist nicht nur bei Euch in Hessen. Das hört man überall, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, das versucht man in anderen Ländern, Frankreich, Schweden identisch das Gleiche durchzusetzen. Auch in der Schweiz, was da zur EU nicht gehört. Also das sind Sachen, was schon passiert.

Doris Schuster: Man muss ja dazu sagen, dass die Grundrechte ja wirklich ausreichend schon unsere Kinder schützen. Und zwar haben die diesen Träger des Grundrechts auf Menschenwürde, genau wie alle Menschen. Sie sind Träger des Grundrechts auf Leben und Gesundheit, Träger des Grundrechts auf allgemeine Persönlichkeitsentfaltung usw. usf. Und dann gibt es ja diesen Zusatz, dass die Verfassung eine Rechtsprechung geändert hat, mit Art. 6. Satz 2, dass die Kinder ein Recht auf Pflege und Erziehung haben. Und wenn die Eltern, die Erziehungsberechtigten, es nicht hinkriegen oder irgendwie Kinder missbrauchen oder schlagen usw., hat der Staat die Wächterfunktion und darf einschreiten. Dann gibt es den Artikel 6.3, der besagt, dass im Notfall, gegen den Willen der Erziehungsberechtigten, die Kinder nur auf Grund eines Gesetzes entnommen werden dürfen, in Obhut genommen werden dürfen. Und wir wissen ja jetzt, es geht nicht nur um die Sexuelschiene und Gender usw., was alles da kommt. Es geht ja eigentlich darum, dass so viele Kinder in Obhut genommen werden, auch hier in Deutschland schon. Kai, ich glaub Du hattest die Zahl auch schon genannt in einem Video. Ich hab sie jetzt nicht im Kopf.

Kai Orak: Also, das sind dauerhaft über 60.000 im Jahr, die in sogenannte Obhut genommen werden. Ich bezeichne, dass die Kinder geklaut sind den Familien. Und das ist eine enorme Zahl, wenn man diese 60.000 im Jahr betrachtet pro Tag, das sind 130 oder wie viel pro Tag, pro Tag. Und dann muss man sich vorstellen, tagtäglich so viele Kinder den Eltern weggenommen sind und das ist die Folge, das ist die Folge der Politik, die diese Parteien betreiben seit Jahren. Seit Jahren machen die Änderungen in dem Bereich Familien und Kinder. Und jedes Mal bei diesen Änderungen, was sie da machen, seit Jahren erzählen die uns, es wird alles besser, weil die sich so Sorgen machen und wollen alles verbessern und von Jahr zu Jahr ist noch schlimmer. Die Zahl der Scheidungen steigt, die Zahl der Kinder, die weggenommen ist, steigt, die Zahl der Familien, die sich quasi nicht unterhalten können, die Familien, die in Armut leben, steigt von Jahr zu Jahr. Also die Problematik steigt von Jahr zu Jahr. Also, das Ganze, was sie immer erzählen, dass sie da durch diese Änderungen was verbessern wollen, tatsächlich die Zahlen und Fakten bestätigen, dass genau das Umgekehrte passiert.

Doris Schuster: Genau, man muss auch dazu sagen, dass die Grundrechte eigentlich aus der NS-Diktatur entstanden sind, um eben grad unsere Kinder zu schützen. Die sind extrem gut hier in Deutschland, weil sie haben in der NS-Zeit die Kinder, die haben sie entnommen. Die sind von früh bis abends in die Fremdbetreuung gekommen, damit der Staat indoktrinieren kann.

Kai Orak: Ja, das ist ... Ich habe zu diesem Thema ein Video gemacht, wo ich die Zahlen aus der DDR verglichen habe, da wir ja immer hören, dass die DDR ein Unrechtsstaat war und in der DDR die Kinder den Eltern weggenommen wurden und deswegen die DDR so schlimm war. Als Beispiel, ich will nicht sagen, dass DDR so gut war, aber dies Beispiel. Und von der Anzahl der Kinder, die jetzt jährlich weggenommen werden in der Bundesrepublik Deutschland, dreimal mehr Kinder weggenommen werden, schon fast viermal mehr als in der DDR. Also, wo haben wir den Unrechtsstaat, wenn es bei uns im Vergleich zur DDR in dem Bereich schon deutlich schlimmer ist.

Christine Chang: Also, wenn ich da noch mal kurz was ´zu sagen könnte. Der Zuschauer könnte ja jetzt auch denken, ja wenn das doch in den letzten Jahren so schlimm geworden ist, also immer schlimmer für die Kinder, Freiheiten für die Eltern gehen immer mehr weg, könnte man jetzt sagen, da ist es grade gut, dass jetzt die Kinderrechte reinkommen ins Grundgesetz. Man muss aber wirklich bedenken, dass die Forderung, die Kinderrechte ins Grundgesetz zu schreiben, aus derselben Ecke kommt wie auch die Zustände, die wir zum Teil hier grad beschrieben haben. Und eine kleine Ergänzung hier noch mal ganz kurz, weil das noch gehörte zu dem Schulgesetz, zu der Schulgesetzänderung. Der zweite Punkt, der erste war ja, dass es jetzt Pflicht wurde, der zweite Punkt ist aber, dass auch reingeschrieben wurde, dass man ja alternative geschlechtliche Orientierung — ich weiss nicht, ob man das jetzt so ausdrücken kann — akzeptiert werden müssen. Also, es muss gelehrt werden oder das Ziel der Lehrer soll sein, dass die Schüler eine Akzeptanz gegenüber Homosexualität usw. entwickeln. Und Akzeptanz im normalen Sprachgebrauch wird genauso benutzt wie Toleranz. Das ist aber tatsächlich ein Unterschied, weil Akzeptanz bedeutet, dass man es gutheisst. Das heisst, es hat eine Bewertung drin eigentlich. Und das ist schon bedenklich, weil da der Staat sich ja schon einmischt in das Denken oder in die Einstellung, was ja eigentlich ... Erziehungsrecht haben ja eigentlich die Eltern und ... ja genau.

Kai Orak: Das ist ziemlich wichtig. Um mit einem Beispiel zu zeigen, was diese Änderung bedeutet. Diese Änderung des Grundgesetzes bedeutet, dass das sogenannte „Wohl des Kindes“ das Wichtigste ist und das, was Wohl des Kindes ist, definiert der Staat. Also da haben die Eltern nichts zu sagen so wie jetzt. Jetzt haben theoretisch noch — wir erkennen, wie das in der praktischen Ausführung schon jetzt läuft — aber theoretisch haben noch die Eltern die Rechte, die die einklagen können, Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung des Kindes, auf das Wohl des Kindes. Und ab und zu kommt, dass die Eltern prozessieren und ab und zu sogar gewinnen. Wenn aber diese gesetzliche Änderung kommt und das Wohl des Kindes durch den Staat definiert und geschützt wird, da komme ich zu diesem Thema sexuelle Orientierung. Ich möchte da ein Beispiel geben, was passieren kann, und leider meine Erfahrung in den letzten Jahren in der Politik ist immer so, dass das Schlimmste, was passieren kann, immer passiert, dass sie dann am Ende so ausführen. Nehmen wir an, wir haben ein Kind im Kindergarten. Das Kind ist, sagen wir, fünf Jahre. Ein Junge, der fünf Jahre alt ist im Kindergarten. Und die Erzieherin im Kindergarten ist eine „Links-Grüne“, eine Befürworterin von Gender-Ideologie usw. ... Was leider jetzt immer öfter passieren wird, weil

da kommt die neue Generation, die schon in der Schule indoktriniert und so eingestellt ist. Und da stellen wir uns vor, dass das Kind – der Sohn im Kindergarten ist, mit Mädchen kurz was gespielt hat, mit einer Puppe – was ich als Kind auch ab und zu gemacht habe, als ich mit Mädchen gespielt habe, das ist ganz normal in der Entwicklung. Und dann stellt diese Erzieherin fest: Mein Gott, das Kind hat eine ungeklärte sexuelle Orientierung. Heute kann sie quasi nichts machen, weil die Eltern zustimmen müssen. Nach dem neuen Gesetz, dem neuen Grundgesetz, die Rechte, welche die Kinder haben – zum Wohl des Kindes. Das heißt, sie kann eine Psychologin beauftragen, die mit dem Kind ein Gespräch führt. Die Eltern können das nicht verhindern. Heute können sie das noch verhindern. Und die Psychologin, sagen wir, hat auch eine ähnliche politische Orientierung. Und sie stellt fest, dass das Kind tatsächlich selbst nicht weiß, ob er ein Junge oder ein Mädchen ist. Und das Kind landet in einer psychologischen Beratung – einmal in zwei Wochen oder zweimal in der Woche kommen und Gespräche führen. Das wird sehr schnell dazu führen, dass ein Arzt, der sich mit dem Kind beschäftigt, der zuständig ist für solche Sachen, der Arzt wird feststellen, dass das Kind weibliche Hormone bekommen muss. Das, was tatsächlich schon in Großbritannien passiert. Und das Kind wird weibliche Hormone bekommen – die Eltern haben nichts zu sagen, weil es um das Wohl des Kindes geht und das Kind angeblich Mädchen sein will. Und die Eltern können das nicht verhindern. Wenn die Eltern protestieren, dann wird das Sorgerecht entzogen, weil die Eltern gegen das Wohl des Kindes agieren. Das wird passieren. Das wird zur Tagesordnung werden. Und das Kind wird natürlich pharmakologisch, also mit Hormonen behandelt. Das ist alles möglich. In Großbritannien ist das schon passiert. Das werden wir bekommen und die Eltern können nichts machen. Und aus einem ganz normalen Kind, das ganz normale sexuelle Orientierung hat, normale Entwicklung hat, wird sehr schnell durch die Hormonbehandlung zu einem Kind, das nicht weiß, was es selbst ist und denken sollte und sich in eine falsche Richtung entwickelt. Das ist möglich mit der Änderung des Grundgesetzes. Wo die Rechte der Eltern abgeschnitten werden. Das ist nur so ein Beispiel – weil Du hast das Thema Gender angesprochen, was da möglich ist. Und ich befürchte leider, dass solche Sachen da zur Tagesordnung werden. Da natürlich nach hinten eine riesige Gruppe besteht, die Interesse hat, das zu tun aus finanzieller Sicht. Also, es ist nicht so, dass es so was nicht gibt. Da müssen wir wissen, dass die Gesetze, die in den letzten Jahrzehnten verändert wurden – es wurde ein sogenannter Rechtsanwalt des Kindes eingeführt. Das waren auch Parteien, die erzählt haben, das ist so gut, dass es einen Rechtsanwalt gibt, der die Interessen des Kindes vertritt. Was macht denn so ein Anwalt? Also, er vertritt die Interessen des Kindes in diesem Sinne, dass er so lange wie möglich diese Interessen des Kindes vertritt. Weil, je länger er es vertritt, desto mehr verdient er. Das ist die Wirklichkeit. Er bekommt nur Geld, wenn er vertritt. Also, er vertritt es so, dass die Sache sich in die Länge zieht. Warum zieht es sich in die Länge? Weil dem Kind wird vom Gericht ein Psychiater oder ein Psychologe geschickt, der Gutachten erstellt, um zu wissen, was weiter läuft. Aber der Psychologe oder der Psychiater, der diese Gutachten erstellt, lebt auch davon, dass er diese Gutachten bekommt. Das heißt, diese Gutachten sind so erstellt, damit das Kind nächstes Jahr wieder kommt. Nicht, dass das Kind zurückgeht und normal in der Familie bleibt, sondern dass noch Geld fließt. Ja, das ist so, wie ich das sehe, wie das so läuft. Und oft landet das Kind in einer Pflegefamilie und diese Pflegefamilie, sagen wir mal, bekommt so 2.000, 2.500 Euro pro Monat für das Kind, dass sie das Kind betreut, weil das ist ein sehr gutes Geschäft und natürlich müssen die Eltern das bezahlen. Und diese Familie – natürlich ist alles so schön, dass sie das Wohl des Kindes im Auge haben. Aber die haben diese 2.000 Euro, die sie bekommen. Und ja, sehr oft haben sie noch Interesse, das zu erhöhen. Weil, wenn es dem Kind gesundheitlich schlecht geht, dann bekommen sie einen Zuschlag. Und wenn das Kind, was sie betreuen, auch in der Schule

sehr schlecht ist, dann bekommen sie auch einen Zuschlag. Und dann gibt es die Möglichkeit bis 4.000 oder sogar 5.000 Euro im Monat von dem Kind zu bekommen, wenn das Kind in seiner Entwicklung so gestört ist. Also, diese Pflegefamilien haben kein Interesse – ich sage nicht, dass es alle betrifft, aber sehr viele ... dass es dem Kind nicht gut geht, sondern eher schlechter geht, weil da haben sie mehr in der Tasche. Wir haben eine Gruppe, die sich dahinter etabliert hat, die damit Geld verdient. Und das waren auch durch die Änderungen dieser Parteien, von SPD-Ideen in erster Linie, aber von Grünen und Linken unterstützt in den letzten Jahren, um das Ganze dahin zu führen. Es ging um das Wohl des Kindes. Und das sind Sachen, die wir schon jetzt haben. Und wo die Eltern eventuell noch die Möglichkeit haben, dagegen vorzugehen. Aber dann haben sie keine Möglichkeit mehr.

Doris Schuster: Also, wir haben ja hier auch schon öffentliche Reportagen gehabt, auch auf ARD zum Beispiel, dass das Jugendamt, dass die Jugendämter auch völlig überlastet sind. Und aus diesem Grund schon manchmal, bevor sie sicher sind, schon einschreiten, weil sie denken, das Kind ist in Gefährdung. Und ja, sie sind sich dann nicht sicher. Und es gibt natürlich Privatunternehmer, die sich dann gründen und sagen: okay, bis zu 65.000 Euro im Jahr können sie halt Geld machen, ohne eine Therapie anzubieten für die Kinder, die eigentlich Hilfe bräuchten. Ich wüsste nicht, was jetzt Kinderrechte im Grundgesetz irgendwas daran ändern sollten, weil alles im Grundgesetz vorhanden ist und der Staat alle Ressourcen hat, den Kindern zu helfen – jetzt schon. Und es wird nicht unterbunden. Die Jugendämter sind nach wie vor überbelastet, unterbesetzt. Es gibt schwarze Schafe, das ist klar. Ich weiß nicht, ob jemand schon vom Campingplatz Lügde gehört hat, wo alle versagt haben, Polizeibehörden, Jugendamt usw. usf. Hoffentlich war es eine Ausnahme, ich weiß es nicht. Aber es sind alles Sachen gewesen, die eigentlich der Staat ohne Probleme hätte lösen können, wenn die Personen halt dementsprechend gut sind oder gut ausgelastet sind usw. usf. Genau, man braucht auch nur mal nach Norwegen zu schauen. In Norwegen werden jährlich 70.000 Kinder in Obhut genommen bisher. Die haben die Kinderrechte im Grundgesetz. Das sind 7 Prozent von allen Kindern, von 0 bis 18 Jahren, das muss man sich mal vorstellen. 7 Prozent von allen Kindern, die in Norwegen leben.

Kai Orak: Also, die haben mehr Kinder in Obhut genommen, als in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl, ich weiß jetzt nicht wie viel Bevölkerung Norwegen hat, aber deutlich weniger als hier in Deutschland. Ja, also das sieht man schon, was die Rechte im Grundgesetz letztendlich bedeuten.

Doris Schuster: Jetzt muss man sich auch ´mal die Gründe anschauen. Was der Staat schon vorgegeben hat: Wann werden Kinder herausgezogen? Sie haben zum Beispiel Stillzeiten eingeführt. Das heißt, dass man die Kinder nicht (wie zum Beispiel bei uns in Deutschland) nach Bedürfnis stillen kann. Oder die Kinder, die dürfen auch keine Süßigkeiten die Woche über essen. Die kriegen das vorgegeben, dass sie am Wochenende die Süßigkeiten essen sollen. Sobald ein Kind Karies hat, heißt das, das Kind ist nicht gut versorgt. Das sind lauter solche Sachen. In einer Familie, da haben sie zwei Kinder herausgeholt, 1 und 3 Jahre. Das war ein indischer Geowissenschaftler und seine Frau. Die Kinder 1 und 3 Jahre alt, die wurden rausgeholt, weil sie haben ein Familienbett gehabt – hier in Deutschland gibt es ganz viele die Familienbett machen, die ihre Kinder noch ein bisschen länger noch in ihrem Bett behalten, im Bett schlafen – was ja eigentlich auch kein Problem bis dato ist. Und dort ist es nicht erlaubt, im Kinderbett zu schlafen. Und dann wurde bemängelt, dass die Kinder zu wenig Spielzeug hätten. Und das Dritte ... die Mutter hat nach Bedarf gestillt. So, und diese zwei Kinder sind aus der Familie herausgenommen worden. Und das zeigt ja wirklich, dass

der Staat Gründe vorgeben kann, also die hier ganz normal sind. Aber es wäre möglich. Es hängt immer davon ab, welche Politiker grad an der Macht sind, sage ich mal.

Kai Orak: Das ist erschreckend. Es gibt viele solche Beispiele, wie aus Norwegen. Das ist sehr wichtig zu zeigen, was das in der Praxis bedeutet. Das hat nichts mit dem Schutz des Kindes zu tun, sondern es ist dazu da, die Familie zu zerstören, das ist der Hintergedanke, und den Eltern Rechte wegzunehmen. Und das gibt nicht nur Probleme bei Gender – was wir angesprochen haben, was passieren kann. Aber es ist auch so, wenn die Eltern nichts zu sagen haben, dass es die Möglichkeit zum Beispiel der Therapiewahl nicht mehr möglich ist. Heute wenn ein Kind krank ist, dann haben die Eltern noch die Möglichkeit, die Therapie wählen zu können. Natürlich ist es auch jetzt schon problematisch, wenn ein Kind zum Beispiel Krebs bekommt, dann ist die Familie unter Druck gesetzt, quasi gezwungen, die Chemotherapie zu nehmen, obwohl die Eltern solche Gifte den Kindern nicht geben wollen. Und es mit anderen Therapien versuchen wollen. Wenn diese Rechte im Grundgesetz verankert werden, haben die Eltern nichts zu sagen. Die Kinder bekommen jeden möglichen Mist quasi, was die Schulmedizin im Programm hat, was der Schulmedizin aber Geld bringt. Und die Eltern können nichts machen. Ob es dem Kind hilft oder nicht. Die Schulmedizin wird entscheiden und Therapien vorschlagen und sagen: Das wird gemacht! Die Eltern können nichts entscheiden. Also, das sind Sachen, die man so vor Augen haben muss, was damit verbunden ist.

Christiane Chang: Ja, ich würde an dieser Stelle ganz gerne anmerken, dass es aber nicht nur Eltern betrifft die alternative Medizin mögen. Also ich hatte davon angesprochen, dass wir auch mit dem Masernschutzgesetz da, ja auch ein bisschen informiert sind. Also, kann man sich ja denken, dass wir etwas impfkritisch eingestellt sind. Aber es geht nicht nur impfkritische Eltern etwas an, oder Eltern die alternative Heilmethoden suchen, oder in anderen Dingen irgendwie alternativ sind. Weil einfach, man muss sich vorstellen es ist das Grundgesetz. Es öffnet Tür und Tor auch für die Zukunft jeder Regierung, egal wie sie gepolt ist. Ich meine, ich glaube nicht, dass Menschen die der Schulmedizin vertrauen, oder gute Erfahrungen gemacht haben, glücklich wären, wenn plötzlich die Schulmedizin verboten wäre. Ja, also mir geht es wirklich einfach um die Freiheit. Natürlich müssen die Kinder geschützt werden, aber wie Doris ja schon sagte, sind die Gesetze dafür, ja schon ausreichend und das haben wir uns ja auch nicht ausgedacht. Da gibt es ja auch Gutachten und so. Da weiß die Doro besser Bescheid, genau. Aber einfach niemand ist sicher davor. Es geht jede Politische Richtung was an, jede Religion, oder nicht religiöse Menschen. Es ist einfach für alle gefährlich. Weil das Problem ist einfach, dass der Staat, also dass es offen bleibt wie es definiert wird und es kann ja jeder Zeit umdefiniert werden. Ja, also im Gesetz steht zum Beispiel: jedes Kind hat das Recht, -also im Entwurf-, im Entwurf steht: jedes Kind hat das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Grundrechte. Und man liest dann, aha Kind, Achtung, Schutz, Förderung... toll, ja, aber das ist die Achtung vor den Grundrechten des Kindes, also der Staat will die Grundrechte schützen und die Grundrechte fördern. So steht es da drin, ja. Und da ist ja die Frage. Ja, was ist das Grundrecht denn?

Kai Orak: Es ist das, wie der so sagt. Das auch so die politische Einstellung der Eltern, hier keine Rolle spielen wird. Wenn die Eltern z.B. ja, so kritisch sind, dass die Kinder auf der Straße für Klima demonstrieren. Heute können sie es noch kritisch betrachten. Das ist schwierig, aber können die irgendwie Einfluss nehmen. Mit den neuen Regelungen haben die Eltern auch in dem Bereich nichts zu sagen. Wenn die Schule beschließt, dass das gut ist, dass die Kinder für z.B. Klima auf die Straße gehen. Da müssten die Eltern das

akzeptieren. Wenn beschlossen, dass irgendwelche andere Geschichte, dann haben die Eltern nichts zu sagen. Und deswegen ist es richtig was du sagst: Es betrifft alle und betrifft auch die, die im Bundestag sitzen. Die im Bundestag sitzen und darüber entscheiden. Für die ist es auch wichtig. Die können heute noch denken; ja ich sitze im Bundestag, ja die könnten mir nichts machen. Also ich kann entscheiden, aber ich werde nicht immer dort sitzen - und auch die Enkelkinder von denen, die heute entscheiden, werden auch in gleicher Art und Weise durch den Staat behandelt. Und da müssen sie sich auch Gedanken machen, ob so ein Gesetz auch in deren Sinnen ist. Weil letztendlich, kann es sie auch, dann später treffen, dass sie nichts zu sagen haben. Also, das ist eine Änderung die alle betrifft. Natürlich, nicht alle machen sich Gedanken, jetzt. Wie weit das gehen kann und wie umfangreich das ist. Aber, sie sollten sich solche Gedanken machen. Was damit verbunden ist. Wenn man den Einfluss auf die Entwicklung des Kindes in jeder Hinsicht verklärt und jemand anders entscheidet. Und es war nie gut, wenn über solche Sachen ein Staat entscheidet. Das kennen wir in der Vergangenheit in der wir die Diktatur anschauen. Das war letztendlich nie gut, wenn der Staat solche Möglichkeiten hatte. Also das ist das Thema, - meiner Meinung nach -, wo alle sich angesprochen fühlen müssen und alle irgendwas unternehmen sollen. Das ist, - denke ich -, der Grund warum du diese Petition gestartet hattest.

Doris Schuster: Genau.

Kai Orak: Weil, ich denke das ist nicht ohne Grund, dass du die Bundestags Petition gestartet hattest?

Doris Schuster: Genau. Also, da war die Christine mir natürlich auch eine große Hilfe, weil... Und auch dein Video vom Dezember, was auch gut aufgeklärt hat, warum bestimmte Petitionen, halt nicht so viel bringen. Und da haben wir recherchiert und ich meine, da übergebe ich das Wort an Christine, weil sie hat mir da zugeschustert.

Christine Chang: Ja genau das war letztes Jahr im Frühsommer, da lief die eine große Petition von einem Drittanbieter. Also nicht auf der offiziellen Seite des Bundestages, sondern eine Online-Petition, wo wahnsinnig viele Leute unterschrieben haben, das war sehr beeindruckend. Es wurden glaub ich innerhalb von vier Wochen waren es 80.000 Unterschriften. Und ich weiß noch das hinterher, also schon während die Petition schon lief, habe ich gedacht, weil ich das noch bisschen genauer wissen will: Habe ich einfach mal recherchiert, was genau ist eine Petition? oder welchen Einfluss hat eine Petition? Was macht die, was gibt es da für Möglichkeiten? Und ich bin auf einer Seite gelandet im Internet gelandet, wo ein Jurist Fragen über eine Petition beantwortet hatte. Also auf schriftliche Ebene, das war so eine Frage und Antwort Seite. Und da bin ich auf was gestoßen was mich ein bisschen irritiert hatte, nämlich, dass die Online Petition von Drittanbietern gar nicht für dieses Quorum in Frage kommen. Bzw. dass die Stimmen gar nicht anerkannt werden. Ich habe dann mit einem Drittanbieter kommuniziert und das eben erfragt, ob das wahr ist und so. Dieser Drittanbieter hatte mich dann ganz empört gefragt, wo ich das gelesen hätte. Dann habe ich ihm das gesagt wo ich das gefunden habe. Die Seite gibt es nicht mehr. (Entschuldigung falls es jetzt an mir lag). Aber man kann auf den Seiten der Drittanbieter, dort steht es. Und zwar es ist so, dass die Petitionen als Petitionen anerkannt werden natürlich, aber als Einzelpetition. Das heißt es spielt keine Rolle ob ein Hans Müller einen Brief an den Petitionsausschuss schreibt und sagt, hier Petition, ich will das und das so haben und das und das nicht haben, - oder ob dort 200.000 Leute unterschrieben haben. Es

ist eine Einzelpetition. Natürlich muss der Petitionsausschuss beim Beraten die Einzelpetition behandeln wie eine Sammelpetition. Nur muss ich sagen, dass ich den Dingen die hinter den verschlossenen Türen passieren nicht mehr so sehr über den Weg traue. Genau, und da kommt jetzt der Vorteil einer offiziellen Bundestagspetition zum Tragen, nämlich das es dort das Quorum gibt, das man erreichen kann. Das bedeutet das man vier Wochen eine Mitzeichnungsfrist hat, also eine Frist zum Unterschreiben. Und wenn innerhalb von vier Wochen 50.000 Unterschriften zusammenkommen, muss dieser Ausschuss eine öffentliche Anhörung machen. Das heißt man hat ein Recht angehört zu werden. Es kann zwar mit einer 2/3 Mehrheit der Abgeordneten diese Anhörung dort abgelehnt werden. Es hat schon Bundestagspetitionen gegeben die sehr kontroverse oder unangenehme Themen behandelt hat, und die eine Anhörung bekommen haben. Also in der Regel wird die Anhörung gemacht, weil ich denke mal, wenn sehr viele Unterschreiben und man erreicht dieses Quorum, und dann wird keine Anhörung gemacht, dann würden die sich ja auch bloßstellen. Also ich denke die Chance ist sehr groß, da eine Anhörung zu bekommen, wenn man diese 50.000 Stimmen zusammen hat. Und der Vorteil ist, dass es öffentlich ist, das kann sich jeder anschauen diese Diskussion. Und dann muss sich dort jede Partei erklären. Also man hat dann eine Chance zu diskutieren. Ob das nun letztendlich dazu führt, dass das Gesetz nicht kommt ist vielleicht auch unwahrscheinlich, aber trotzdem wird der Druck erhöht. Es kann Gründe geben warum man lieber oder besser eine Drittanbieter Petition macht, also eine ganz normale Online Petition wie viele die kennen, da kann es Gründe für geben. Weil die Doris weiß bei Bundestagspetitionen, was alles so passieren kann. Es kann Vorteile haben, wenn man diese mediale Aufmerksamkeit haben will. Was mich aber wahnsinnig ärgert ist, dass man den Mitzeichnenden nicht von vorne herein offen sagt, dass es keine Sammelpetition ist und ihre Stimme nicht vor vom Petitionsausschuss des Bundestages anerkannt wird. Das wurde 2011 festgelegt, dass es nicht anerkannt wird. Das man da nicht offen ist.

Kai Orak: Also zu dem Thema Petition möchte ich das unterstreichen und warum ich mich mit den Petitionen so beschäftige, weil diese Drittpetitionen keine Bedeutung haben. Wir können diese Drittpetitionen bei verschiedenen Anbietern unterschreiben, aber die Politik wird sich damit nicht beschäftigen, weil es sie nicht interessiert, auch wenn dort 100.000 oder 1.000.000 unterschreiben. Die einzige Möglichkeit besteht wirklich in den Bundestagspetitionen, da sie den Ausschuss bilden müssen. Sie können es zwar mit 2/3 Mehrheit ausschließen, aber wie du gesagt hast, das ist eher unwahrscheinlich. Es gibt auch viele Leute, ich habe das in Kommentaren gesehen, die sagen es bringt sowieso nichts eine Bundestagspetition. Und ich sage, doch! Also erst mal, als ich mich damit beschäftigt habe, das ist denke ich schon mehr als zehn Jahre her. Dort ging es damals um eine große Petition, um das Zensurgesetz von Ursula von der Leyen, sie wollte Internetsperren oder so was einrichten. Und diese Petition hat damals auch über 50.000 Unterschriften bekommen. Und es führte letztendlich dazu das das Gesetz was schon verabschiedet war, abgeschafft wurde. Das war eine Petition die sehr erfolgreich war. Das ist schon zehn Jahre her. Aber es sagen viele: Guck mal diese Petition über den Migrationspakt, die sehr bekannt ist, die auch 50.000 Unterschriften hatte, die hat nichts gebracht schreiben die Leute. Das stimmt nicht, da diese Petition über den Migrationspakt, das war von Broder und Vera Lengsfeld, diese Petition hat auch doch was gebracht, da im Bundestag beschlossen wurde, dass dieser Migrationspakt der UNO kein Recht der Bundesrepublik Deutschland ist. Diese Petition hat dazu geführt, dass dieser Zusatz dazugefügt wurde. Also wenn jemand behauptet, dass es nichts gebracht hat ist das falsch, weil der Zusatz das es in Deutschland kein geltendes Recht ist wurde durch diese Petition gerade erreicht. Das heißt, es ist möglich durch diese

Petitionen im Bundestag was zu erreichen. Und besonders hier, wenn es um die 2/3 Mehrheit geht, im Grundgesetz steht, dass 2/3 zustimmen müssen. Also das ist eine Grenze im Bundestag um diese 2/3 zu bekommen. Und wenn man so einen Ausschuss bildet, dann werden die die sich damit nie beschäftigt haben, die im Bundestag sitzen, werden zwangsweise dadurch informiert. Sie sehen, dass es Menschen gibt die eine andere Vorstellung haben, und sie werden sich zumindest mit den Argumenten beschäftigen. Und vielleicht kommt es dazu, dass eine 2/3 Mehrheit nicht erreicht wird. Also ich bin nicht der Meinung, dass man damit nichts erreichen kann. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass man doch was erreichen kann durch diese Petitionen. Und ich sehe wie genau diese Petitionen durch die sogenannte alternative Szene nicht unterstützt ist bis jetzt. Vielleicht wissen die zu wenig davon, gehe ich davon aus, ich will nicht sagen, dass sie nicht wissen was die Petitionen für einen Einfluss haben. Ich gehe davon aus, dass sie es nicht wissen, und deswegen die Petitionen nicht unterstützen. Das ist entscheidend, wie können wir es erreichen, dass diese Petition Erfolg hat. Ja, jetzt ist es 8.000, 8.500 oder so was in dem Bereich an Unterschriften. Wir haben noch zwei Wochen um 50.000 zu bekommen. Diese 50.000 können wir nur bekommen, wenn so genannte Truther im Internet, also diese alternative Seite, diese Petition unterstützen. Das ist so meine feste Überzeugung, ohne Unterstützung von dieser alternativen Szene sehe ich das für nicht möglich. Aber wenn sich diese alternative Szene sich bewegt und plötzlich merkt oder durch dieses Video erfährt, dass es solche Petitionen gibt, und da Werbung machen dafür, dann ist meiner Meinung nach sehr schnell möglich solche Petitionen erfolgreich zu gestalten. Warum? Es ist nicht so, dass diese 50.000 Leute sich neu registrieren müssen, da haben wir schon gehört, dass es Probleme gibt bei der Registrierung, dass sich die Leute nicht registrieren können, irgendwelche Probleme gibt. Das Potenzial gibt es schon, wir haben schon verschiedene Petitionen gehabt, über 100.000 im Bundestag schon hatten, und die Leute, die sich damals angemeldet haben, die sind weiterhin angemeldet, sie müssen sich nicht neu anmelden. Ja, und da sind meistens die Leute sehr kritisch. Also es braucht nur sie zu informieren und sie müssen sich nicht neu anmelden, sondern sie unterzeichnen. Aber sie müssen davon wissen und damit sie es wissen, müssen leider die Großen in der Szene quasi, sich mit diesem Thema beschäftigen und Werbung zu machen. Und ich sehe die in der Pflicht, die das Video heute sehen, nicht nur heute, aber die in der Pflicht dafür zu sorgen das diese große in der Szene das aufnehmen und Werbung machen. Weil es ist kaum vorstellbar das, ich kann das nicht nachvollziehen, dass sie davon nichts wissen. Aber vielleicht ist es doch so, dass sie es nicht wissen, und da müssen sie Zuschauer, die da sind, sie kennen viele in der Branche. Ich kann hier paar Kanäle, nenne ich, von den Großen Kanälen, wo sie das Video heute zu schauen, anschreiben könnten. Telefonieren, wenn sie die Möglichkeit haben, Mails schreiben, und auffordern, dass sie sich mit dieser Petition beschäftigen. Und das sind solche Leute, die große Kanäle haben, das ist zum Beispiel Oliver Janich, das ist zum Beispiel NuoViso, das ist zum Beispiel Ken Jebesen, Heiko Schrang, Joe Conrad, Robert Franz, Tim Kellner, Martin Sellner, Charles Krüger, Hagen Grell, oder Volkslehrer. Das sind sehr große Kanäle, das sind die YouTuber, die großen Einfluss haben. Und sie können alle an sie kommen und sagen, warum sagst du nichts zu dieser Petition? Warum machst du kein Video dazu? Warum hast du Doris Schuster nicht eingeladen? Und so wie ich, ein Interview nicht gemacht hast? Zum Beispiel, ja? Er macht zum Beispiel mit allen möglichen Leuten, Videos zu verschiedenen Themen, warum das so wichtige Thema nicht gemacht ist. Wir haben nicht viel Zeit, wir haben nur zwei Wochen Zeit.

Christine Chang: Ja, man muss bedenken, das 8.500 Unterschriften in zwei Wochen, dafür dass wir keine Plattform haben, außer jetzt, heute deine, ist der Wahnsinn!

Kai Orak: Ja, das ist Wahnsinn!

Christine Chang: Und wenn die Leute informiert wären, kann man sich ausrechnen, was dann abgehen könnte.

Kai Orak: Das sehe ich identisch so. Und ich sage, die Leute sind nicht informiert. Weil nicht informierte oder so wenig Leute wie wir erreichen können schon in so kurzer Zeit 8.500 Unterschriften. Also wenn diese Kanäle eins, zwei oder drei davon darüber informieren dürfen, dann haben wir sofort 50.000.

Christine Chang: Ja und es ist auch wichtig, natürlich das, ich habe auch erlebt, ein Youtuber hat, wurde wohl angeschrieben, hat dann auch eine Petition verlinkt und empfohlen, das war nicht unsere, das war von einem Drittanbieter. Also man muss sie halt auch genau nennen das die richtige gefunden, also die richtige Entschuldigung den anderen Petenten gegenüber, ich meine jetzt also die Bundestags-Petition, damit man die findet.

Kai Orak: Ja genau, aber es gibt nicht nur diese Youtuber Bekannte, sondern es gibt auch andere, die ich mir auch aufgeschrieben habe, welche die Zuschauer auch auffordern können das aufzunehmen. Da sind große Blogs zum Beispiel, wie Danisch.de oder.

Kai Orak: Das sind große Blogs, wie zum Beispiel Danisch.de oder Tichys Einblick oder Kopp.de, die haben auch große, quasi Blogs, die Möglichkeiten darüber zu schreiben. Die erreichen sehr viele Leute. Oder JUNGE FREIHEIT, die Zeitung, die erreicht auch sehr viele alternativ oder Blog Alles Schall und Rauch, ein sehr großer Blog. Opposition24.com, Die Unbestechlichen, ein sehr große Blog und Compact, die Zeitung die bekannt ist und dass sie Interessen, sehr kritisch denken unterstützt, Warum Compact-Schreiber nicht, warum Compact werden darf - nicht. ExpressZeitung von Wisnewski, auch bekannte große Zeitung. Warum hat ExpressZeitung darüber nicht berichtet? Also ich gehe davon aus, dass sie nicht informiert sind. Also, bitte alle, die heute anschauen, schreibt die alle an. Schreibt an und fragt - man hat die Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Es gibt so viele Menschen die AfD unterstützen, sagen: AfD ist so kritisch, kann das Thema übernehmen. Ja, habe ich auch nie etwas gehört oder Eva Herman. Eva Herman ist bekannt als eine Frau.

Doris Schuster: Eva Herman hat heute geantwortet und zwar ist es tatsächlich so, dass nicht bekannt ist, dass die Drittanbieter Petition das die Bundestags Petition, dass die Drittanbieter Petition ein Unterschied machen, weil sie hat ganz nett geantwortet, aber ich glaube, wir müssen sie nochmal anschreiben nochmal darauf hinweisen das die Bundestags Petition halt die relevantere ist und das sie einen Einfluss hat.

Kai Orak: Ja, da hoffe ich das Eva Herman, Eva Herman ist bekannt, dass die sich mit dem Thema Frühsexualisierung, Kindererziehung usw. weiter beschäftigt. Also, gehe ich davon aus das von Eva Herman zu dieser Petition ein Video kommt. Das sie auch wirbt zu diesem Thema.

Auch „Demo für alle“, dass ist eine Organisation die sich auch quasi in dem Bereich beschäftigt. Die haben zwar die Drittposition genommen. Aber die können dafür werben und Klagemauer TV, also Kla.TV die beschäftigen sich auch sehr viel mit Familien und mit diesen Themen, die können das auch machen und ich gehe davon aus das die Mehrheit davon noch nichts weiß. So wie Du gesagt hattest, dass Eva Herman nichts davon wusste über diesen Unterschied und Wichtigkeit von Bundestagspetitionen. Und, aber das ist die Aufgabe von Zuschauern, die das heute jetzt anschauen. Die Aufgabe die alle anzuschreiben und gewissen Druck auf die aus zu üben, die zu informieren, weil das Thema betrifft sie auch. Das betrifft sie alle die da kritisch sind. Das ist identisch so wie wir und ich habe das erfahren von einer Petition und für mich ist klar, so einen Unterschied zwischen Bundestags Petition und Petition bei anderen Plattformen und aus diesem Grund habe ich sofort aufgenommen, weil da für mich klar ist. Das große aber irgendwelche Chance bietet irgendwelchen Einfluss

zu nehmen. Und ich will nicht später zu sagen zu meinen Enkelkindern oder zu meinen Kindern, dass ich nichts unternommen habe, sondern ich will sagen, ich habe das was ich machen konnte habe ich gemacht um das zu verhindern. Ja, und das soll alle so denken, denke ich. Und, und auch zu der Dokumentation.

Kai Orak: ja auch Dokumentieren ist wichtig

Christine Chang: Weil ich finde wichtig, also wenn man später auch nachweisen kann, dass bestimmte Politiker, ja auch wer auch immer, bestimmte Sachen gewusst hat und sich nicht rausreden kann. Also, wirklich für uns geht es auch schon einfach um das zu dokumentieren, ja und ich weiß nicht, vielleicht sollte Doris nochmal was, weil es schon recht lang ist, Doris aber ich weiß nicht zu dem.

Doris Schuster: Also die würden eigentlich für Menschen halt so eine Petition halt oder nicht an einer Petition teilnehmen wollen und zwar werde ich öfters angefragt warum jetzt, diese Petition unterschreiben, wenn doch der Gesetzesentwurf abgelehnt worden ist.

Die Schlagzeilen die haben das so dahingestellt, dass der Gesetzesentwurf abgelehnt worden ist.

Nur ist es so, dass eigentlich der wissenschaftliche Dienst vom Bundestag, dass überprüft hat, ja und es wurde von der Presse herausgegeben und abgelehnt, weil nämlich der wissenschaftliche Dienst gesagt hat, dieser Entwurf ist nicht stark genug.

Also so wurde es übermittelt, so ist es aber nicht, weil jemand der dieses liest, auch die Gutachten, sagt das genauso das Kinderrechte nicht ins Grundgesetz gehören \*und das ist ganz, ganz wichtig das die Menschen wissen das die Kuh nicht vom Eis ist sagt man doch so auf Deutsch. Und deswegen müssen wir alle dranbleiben, und nicht sagen nee, es wurde abgelehnt, weil die Schlagzeilen es sagen. Wir wissen alle das nicht immer alles glauben können was in der Zeitung steht und wir müssen die Sachen und die Dinge hinterfragen die schwarz auf weiß stehen. So schade wie es ist aber es ist halt so und deswegen appelliere ich nochmal das sich nicht drauf verlassen wird das das was in der Zeitung steht das es so auch stimmt. Ja das wollte ich dazu nochmal sagen das ist ein ganz wichtiges Thema.

Kai Orak: Ja klar das kommt wieder, also da bin ich sicher das, dass nur verschoben ist und das kommt wieder. Die Antwort jetzt gerade eben im Bundestag, als ein Abgeordneter der AfD die Familienministerin zu dem Thema angefragt hat, war eindeutig das die das nicht beabsichtigen, sondern doch das sie, die Antwort war klar das sie das beabsichtigen zu verabschieden. Also die Sache ist hochaktuell. Und wichtig ist bei dieser Petition, das viele nicht wissen - man kann das nicht wiederholen: Eine Petition zum Thema Kinderrechte darf nur einmal beim Bundestag eingereicht werden und andere Petitionen später die versuchen das Thema wieder aufzunehmen. Egal wie andere Formulierungen und so weiter, werden immer abgelehnt, weil der Bundestag achtet strikt darauf. Der sagt, wenn eine Petition schon zu irgendwelchem Thema gelaufen ist wird nie wieder zugelassen. Das heißt, wir haben nicht die Möglichkeit später durch neue Petitionen beim Bundestag das noch einmal zu machen. Es bleiben zwei Wochen und in diesen zwei Wochen müssen wir diese 50.000 erreichen. Wenn wir das nicht erreichen, dann sehe ich das so schon quasi wie ein Freibrief für die Regierenden, das sie unsere Kinder problemlos übernehmen dürfen.

Doris Schuster: Ja ich denke zu den Registrierungsproblemen habe ich gestern mit dem Bundestag geschrieben mit einer Ansprechpartnerin und ich habe heute eine Rückantwort bekommen. Vielleicht wäre es ganz gut unter dieser Aufnahme, Filmaufnahme,

Videoaufnahme, eine E-Mail die man anschreiben kann wegen der Registrierungsprobleme das man dort die Gründe nennt und das Anliegen und das heißt also es gibt keine Ausrede man kann sich registrieren indem man sie dann anschreibt, und die schalten dann einen frei. Das heißt die Stimmen gehen dann nicht verloren. Jeder der Probleme hat beim registrieren das dann zu machen. Das man den Link dann vielleicht ja drunterstellen könnte und ja das was da halt da keine Hürde ist in dem Moment.

Kai Orak: Also ich denke ich bin sicher, dass das Problem hier nicht besteht, es besteht darin das die Leute sich nicht registrieren können, so wie ich gesagt habe. Ich bin sicher, dass der Pool der Menschen die da schon angemeldet sind sehr groß ist. Wenn sie informiert sind, können wir in kurzer Zeit 50.000 erreichen. Es geht nur darum Informationen zu verbreiten, das ist das Entscheidende.

Doris Schuster: Also, ich bekomme sehr sehr viel Rückmeldung, dass Leute sich nicht registrieren können. Ich konnte eigentlich sofort aufmachen mit vielen Leuten. Für den Bundestag.

Kai Orak: Ja gut, das ist auch der Fall.

Doris Schuster: Ja das ist eigentlich schon bekannt. Da war ja bei Vera Lengsfeld ja auch schon so bekannt, dass es Probleme gab immer und ja die Technik ist halt nicht so.

Kai Orak: Das ist bei jeder Petition die so kritisch ist und da hört man immer das gleiche das es die Probleme gibt, also das war schon früher immer bei diesen kritischen Petitionen, die sehr viele Stimmen bekommen haben, die in die tausende gingen. Da ist immer das gleiche, von den kleinen Petitionen hat man nie gehört das es da Probleme gibt. Immer von diesen großen Kritischen. Ja, es gibt immer diese Zufälle. Ja also gut, ich kann nur appellieren an Menschen die das Video anschauen, das sie das weitertragen, das sie versuchen, viele, die ich schon genannt habe, YouTube, aber nicht nur YouTuber - man kann auch zum Beispiel RussiaToday anschreiben und sagen warum sie darüber nicht berichten. Das kann man auch machen. Also, ich habe Beispiele gegeben wie man anschreiben kann, wen man auffordern kann sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ich glaube, dass man dadurch irgendwie was noch stärker zum laufen bringen kann. Wollt ihr noch was sagen? Das wichtigste haben wir schon gesagt.

Christine Chang: Ja also ich glaub mir würde tatsächlich noch etwas auf dem Herzen liegen. Und zwar da ich aus der Kinderbetreuung komme kenne ich mich zufällig ein bisschen mit Bindung und Beziehung also genau mit Kindern aus und Bindung. Und es wird ja immer von diesen Kinderrechten geredet und wenn man sich dann Norwegen anguckt eben wegen welcher Gründe dort halt Kinder entzogen werden. Dann möchte ich dazu nochmal sagen das für mich das aller allererste und oberste Recht eines Kindes ist bei seinen Eltern zu sein, und von seinen Eltern beschützt zu werden. Natürlich gibt es extreme, es gibt extreme wo tatsächlich eine Trennung von den Eltern sein muss und nicht schlimmer ist als die Trennung von den Eltern selbst. Aber ich glaube das die vielen Fälle von Kindesentzug die wir haben, da habe ich ganz starken Zweifel daran ob das wirklich da gegeben ist. Denn die Trennung der Kinder von den Eltern besonders wenn sie klein sind, dass ist die größte Kindeswohlgefährdung überhaupt. Und ich möchte auch nochmal sagen, dass wenn der Staat das Kinderrecht definiert oder jetzt zu Besuch in einer Demokratie herrscht. Die Mehrheit über die Minderheit kann man sagen ja. Das ist die Partei und das mag vielen nicht

gefallen aber wenn diese Kinderrechte ins Grundgesetz kommen dann herrschen diejenige über viele.

Kai Orak: Vielen vielen Dank. Das ist meiner Meinung nach ein sehr gutes Schlusswort - und Aufwertung das hat noch was. Ja, also vielen Dank für das Gespräch. Ich denke, alles Wesentliche haben wir da gesagt und ich denke das wird irgendwelchen Schub geben und ich danke für euer Engagement und ja vielleicht machen wir das nochmal mit Erfolg und da werden wir berichten, das wir 50.000 erreicht haben. Versuchen wir vielleicht. Danke. Tschüss!

von ah.

---

### Quellen:

<https://demofueralle.blog/2019/12/17/unser-einsatz-wirkt-zahl-der-kinderrechte-kritiker-waechst/>  
[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2019/\\_12/\\_15/Petition\\_104010.%24%24%24.a.u.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_12/_15/Petition_104010.%24%24%24.a.u.html)  
<https://www.youtube.com/watch?v=kBGdyxyZD2Q>

---

### Das könnte Sie auch interessieren:

#Kinderrechte - versus Elternentrechtung ... - [www.kla.tv/Kinderrechte](http://www.kla.tv/Kinderrechte)

#Interviews - [www.kla.tv/Interviews](http://www.kla.tv/Interviews)

---

### Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.